



Umweltdienstleistungen. Gute Arbeit für die Zukunft **Gemeinsames Papier von Bundesumweltministerium und ver.di**

Berlin, 4. Dezember 2007

Rund 1,5 Millionen Menschen arbeiten gegenwärtig in Deutschland im Umweltsektor – mehr als in der deutschen Automobilindustrie. Die überwiegende Mehrheit, rund 70 Prozent von ihnen, arbeitet dabei in Dienstleistungsbereichen. Umweltschutz ist ohne umweltbezogene Dienstleistungen nicht vorstellbar. Und umgekehrt bietet Umweltschutz Menschen Arbeit, Ausbildung und Perspektive:

- Allein der Betrieb und die laufende Wartung von Umwelteinrichtungen sichern über 100.000 Menschen den Arbeitsplatz.
- Über 250.000 Menschen arbeiten in der Abfallwirtschaft in Deutschland. Die Branche setzt mehr als 50 Milliarden Euro jährlich um.
- Allein in den großen Städten sorgen über 200.000 Beschäftigte bei Bus und Bahn dafür, dass diese nicht im Stau-Chaos versinken.
- In den kommunalen und industriellen Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung produzieren rund 30.000 Kraftwerkerinnen und Kraftwerker 12 Prozent des deutschen Stroms.
- Kommunale und regionale Energieversorger besetzen mit Energiespar-Contracting und Gebäudemanagement neue Zukunftsfelder sichern und schaffen im liberalisierten Strommarkt Tausende von Jobs.
- Mehr als 20.000 Wasserwerker garantieren der Bevölkerung in Deutschland Trinkwasser in höchster Qualität.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich:

Schon heute ist der Umweltschutz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. In Zukunft wird er weiter an Bedeutung gewinnen. Die Welt durchläuft gegenwärtig einen gewaltigen Wachstumsschub. Angetrieben durch die Industrialisierung der Schwellenländer, aber auch durch das Anwachsen der Weltbevölkerung, wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in den kommenden Jahren erheblich steigen und die bestehenden ökologischen Probleme zusätzlich verschärfen. Schon jetzt aber stoßen wir mit unserer Konsum- und Produktionsweise unter klima- und umweltpolitischen Gesichtspunkten an unsere Grenzen, schon heute produziert die Welt mehr klimaschädliche Treibhausgase, als sie es sich leisten kann und klettern Rohstoffpreise in schwindelerregende Höhe.

Das bedeutet, wir können unsere und die Bedürfnisse einer wachsenden Weltbevölkerung nur befriedigen, wenn wir die Produktion von Gütern klimaneutral ausrichten und mit Energie und Rohstoffen ungleich effizienter und insgesamt vernünftiger umgehen als bisher. Wir müssen Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln.

Derzeit werden in Deutschland etwa 600 kg Ressourcen für die Erzeugung von 1000 € Bruttoinlandsprodukt benötigt. Klare Ziele, Indikatoren und Perspektiven sind unerlässlich, um die notwendigen Impulse für zusätzliche Effizienzverbesserungsmaßnahmen zu verstärken und eine messbare Überprüfung der Zielerreichung zu gewährleisten. Eine Verdoppelung der Effizienz (Faktor 2 = 300 kg/1000 €) stellt hier die Mindestanforderung dar, Faktor 4 (= 150 kg/1000 €) muss mittelfristig angestrebt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dauerhaft zu sichern. Hieran müssen alle gesellschaftlichen Gruppen mitwirken. Große Bedeutung kommt dabei der Einbeziehung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu. Ihre Kenntnis der Arbeitsabläufe muss für die Steigerung der Ressourceneffizienz viel stärker genutzt werden.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und das Bundesumweltministerium haben deshalb vereinbart, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren, um den Herausforderungen besser begegnen zu können und Kräfte und Kompetenzen zu bündeln.

I. Dienstleistungen für grüne Zukunftsmärkte, Politik für Umwelt, Innovation, Beschäftigung

ver.di und das Bundesumweltministerium sind der gemeinsamen Auffassung,

- dass Umweltschutz und Beschäftigung eine Erfolgsgeschichte bleiben wird, wenn die bestehenden technologischen und Know-how-Vorsprünge im Kontext globaler Umwelt- und Klimaschutzherausforderungen und neuer weltwirtschaftlicher Bedingungen gesichert werden können;
- dass es zwingend notwendig ist, weltweit
 - effizienter mit Energie und Rohstoffen umzugehen,
 - die Produkte langlebiger zu machen und die Wiederverwertbarkeit zu erhöhen,
 - zunehmend erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe einzusetzen,
 - mehr Menschen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen;
- dass die ökologischen Herausforderungen und ökonomischen Notwendigkeiten in einer wachsenden Bedeutung der „grünen Zukunftsmärkte“ münden. Dazu gehören
 - effiziente Energieerzeugung und -speicherung,
 - Energieeffizienz,
 - Rohstoff- und Materialeffizienz,
 - nachhaltige Mobilität,
 - Kreislaufwirtschaft, Abfall, Recycling,
 - nachhaltige Wasserwirtschaft;
- dass gerade in diesen zentralen Zukunftsmärkten, in denen sich der Umgang der Menschheit mit ihren natürlichen Ressourcen entscheidet, der Stellenwert von Dienstleistungen wachsen wird. Um erfolgreich auf diesen Märkten konkurrieren zu können und die ökologischen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir hoch qualifizierte Umweltdienstleistungen, die sich um Ökoinnovationen sowie Umwelt- und Effizienztechnologien gruppieren.
 - Ohne innovative Umwelttechnologien und einen Quantensprung insbesondere bei Effizienztechnologien kann die Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Ressourcenverbrauch nicht gelingen. Die zentrale Bedeutung umwelttechnologischer Lösungen geht Hand in Hand mit einem Bedeutungszuwachs von technologieorientierten Dienstleistungen: Anlagen müssen errichtet, bedient und gewartet werden.
 - Dienstleistungen werden auch in den industriellen Wertschöpfungsprozessen selbst immer wichtiger. Know-how und der intelligente Einsatz von industrienahen Dienstleistungen kann dazu beitragen, Energie und Rohstoffe einzusparen.
 - Werk- und Wertstoffe müssen vollständig recycelt und in den Produktionskreislauf zurückgeführt werden.

Um Umweltschutz und -innovation voranzutreiben, Beschäftigung zu schaffen und auf den Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es notwendig,

- die nationale Vorreiterschaft zu behaupten, denn Erfolge im heimischen Markt sind auch die Basis für erfolgreichen Export.
 - Wir brauchen dazu eine ökologische Industriepolitik als umwelt-, wirtschafts- und entwicklungs- sowie forschungspolitische Strategie zur Förderung von Umwelttechnologien und -innovationen.
 - Dazu trägt auch eine langfristige Planungssicherheit durch Verstetigung der Umweltpolitik bei (ökonomische Anreize durch Emissionshandel, Weiterentwicklung der Ökosteuer, ambitionierte und z. T. dynamische, aber berechenbare Grenzwerte).
 - Forschung und Entwicklung müssen gestärkt werden.
 - Wichtig ist die Unterstützung von Unternehmen bei der Markteinführung von Produkten (Finanzierung verbessern, Markteinführungsprogramme etc.).
- Exportstrategien aufzubauen u. a. durch gezielte Unterstützung des Know-how-Transfers und durch Export erfolgreicher Politik (Policy Export);

- die Kräfte zu bündeln:
 - Akteure (Unternehmen und Politik) zur Abstimmung von Strategien zusammenbringen, Aufbau von Netzwerken,
 - Aufbau von spezifischen Zielländer-Strategien,
 - Stabilisierung des deutschen Profils (Made in Germany);
- auf einheitliche, innovationsfördernde internationale Rahmenbedingungen hinzuwirken und die internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz u. a. durch projektbezogene Mechanismen auszubauen.

II. Handeln für unsere Zukunft

Die Energiewirtschaft, die Wasserwirtschaft, die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft sowie der öffentliche Personennah- und Güterverkehr sind Bereiche, in denen ein Zusammenspiel von Umwelt- und Dienstleistungssektor traditionell besonders eng ist. Für den zukünftigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sind sie von besonderer Bedeutung. Zugleich zeichnen sich diese Bereiche durch eine enorme politische und ökonomische Dynamik aus. Die steigenden Energie- und Rohstoffpreise, die globalisierten Märkte und die zunehmende Privatisierung staatlicher Aufgaben stellen gegenwärtig für all diese Bereiche große Herausforderungen dar.

BMU und ver.di wollen deshalb insbesondere in diesen vier Handlungsfeldern ihre Zusammenarbeit intensivieren.

Wasserwirtschaft

Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, die deutsche Wasserwirtschaft zu modernisieren und sie auf die Anforderungen der Zukunft einzustellen und wettbewerbsfähig zu halten. Dazu wollen wir Kooperationen der Wasserver- und -entsorger ermöglichen und fördern. Die Kommunen sollen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasserversorgung wie auch der Abfall- und Abwasserentsorgung entscheiden können. Mit der Weiterentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und ambitionierten europäischen Anforderungen müssen die ökologischen Standards in der Wasserwirtschaft langfristig gesichert werden.

Entsorgungswirtschaft/Recycling

Unser Leitbild ist die Kreislaufwirtschaft, die wir entlang der Stoffströme optimieren wollen. Das bedeutet auch, dass wir die Gesetzeshierarchie konsequent umsetzen und auf Vermeiden vor Verwerten vor Beseitigen setzen. In der Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft wollen wir an einem besseren Image für die Branche arbeiten und dazu beitragen, Ausbildungsberufe attraktiv zu gestalten (z. B. durch eine Ausbildungsinitiative). Wir setzen uns ein für eine EU-Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb.

Nachhaltige Mobilität

Den Mobilitätssektor wollen wir nachhaltig gestalten. Dazu gehört, die Effizienz des Verkehrs deutlich zu erhöhen, den ÖPNV als vollwertige Alternative zum Individualverkehr auszubauen und Verkehr durch optimierte Mobilitätsketten und Logistikkonzepte zu vermeiden (dazu tragen u. a. bei: Verbindung ÖPNV–Individualverkehr, Ausbau von Schiene und Schifffahrt als klima- und umweltfreundliche Verkehrsträger). Eine der größten verkehrspolitischen Herausforderungen bleibt die Reduktion von CO₂-Emissionen, damit der Verkehrssektor einen angemessenen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, sprechen wir uns dafür aus, die KFZ-Steuer zu reformieren und künftig den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen. Und wir treten ein für die Festschreibung eines europäischen Grenzwertes für die PKW-Neuwagenflotte von 120 Gramm CO₂/km bis 2012, für die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel und für wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen des Schiffsverkehrs. Die externen Kosten des Güterverkehrs sollten auf Basis einer EU-weiten Berechnungsmethodik angerechnet werden und ein wesentlicher Baustein zur Weiterentwicklung der LKW-Maut sein.

Energie(effizienz)

Das Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung, das die Beschlüsse von Meseberg umsetzt, ist ein wichtiger Schritt für mehr Effizienz und Klimaschutz im Energiebereich. Den Novellen des KWKG-Gesetzes, der Energieeinsparverordnung, des EEG und dem Erneuerbaren Wärmegesetz kommt dabei ein

großer Stellenwert zu. Denn die Ziele sind klar fixiert: Bis 2020 wollen wir eine Verdopplung des Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent an der Stromerzeugung erreichen, den Anteil erneuerbarer Energien bei Strom auf 25–30 Prozent steigern und den Beitrag der erneuerbarer Energien am Wärmeverbrauch auf 14 Prozent ausweiten. Zum Januar 2009 soll die Energieeinsparverordnung durchschnittlich um 30 Prozent erschärft und die Außerbetriebnahme von Nachtstromspeicherheizungen geregelt werden.

Mit dem Gebäudesanierungsprogramm hat die Bundesregierung eine klassische Win-win-Situation für Klima und Beschäftigung geschaffen. Um den effizienten Umgang mit Energie zu fördern, setzen wir aber auch auf neue Dienstleistungen und darauf, Energieeffizienz als neues Geschäftsfeld u. a. für EVU besser zu erschließen. Gerade im Contracting und Gebäudemanagement liegen hohe Potenziale, die vielfach durch Kooperation von Stadtwerken und örtlichem Handwerk optimal erschlossen werden können. Gemeindeordnungen sollten so angepasst werden, dass sie die Entwicklung und Anwendung von Effizienzdiensten fördern. Im Bereich öffentlicher Gebäude sollte die öffentliche Hand zum Vorbild eines effizienten Umgangs mit Energie werden, auf innovative Energiedienstleistungen setzen und die öffentliche Beschaffung zu einem Innovationsmotor für Effizienztechnologien werden lassen.

III. Gute Arbeit

ver.di und Bundesumweltministerium sehen aber auch, dass Arbeitsbedingungen und Entgelte in der Umweltwirtschaft ihrer wichtigen Bedeutung für unsere ökonomische und ökologische Zukunft nicht immer Rechnung tragen. Die Umweltwirtschaft ist keine Insel der Seligen, sondern Abbild einer modernen Arbeitsgesellschaft mit Licht und Schatten.

Sozial ist, was gute und existenzsichernde Arbeit schafft. „Gute Arbeit für gute Umwelt“ und nicht „Arbeit um jeden Preis“ muss zum Leitmotiv in der Umweltwirtschaft werden. Es gehört zu den großen Erfolgen der Arbeiterbewegung, dass es in den letzten 150 Jahren gelang, den Prozess der Industrialisierung sozial zu zähmen und nicht zuletzt jenen, die unter Tage die Rohstoffe der Industriegesellschaft unter härtesten Bedingungen abbauten, Kohle und Erz, ihren Teil am Wohlstand zu erstreiten. Angesichts einer immer stärkeren Nachfrage nach Rohstoffen werden heute die Mülldeponien von gestern zu „Bergwerken der Zukunft“. Es sollte in einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft selbstverständlich sein, dass die „Bergwerker“ von heute, die Arbeiter und Dienstleister im „urban mining“ und jene, die die Effizienzreserven unserer Gesellschaft abbauen, fair und angemessen entlohnt werden.

Dort, wo dies nicht der Fall ist und die Arbeit in der Umweltwirtschaft keine Existenzsicherung gewährleistet, brauchen wir einen tariflich gesicherten Mindestlohn. Die Lohnpolitik muss zudem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teilhaben lassen am Produktivitätsfortschritt.

Aber gute Arbeit ist mehr als eine angemessene Entlohnung. Auch gute Arbeitsbedingungen gehören dazu. Umweltschutz am Arbeitsplatz leistet dazu einen Beitrag. Der DGB-Index „Gute Arbeit“ muss in diese Richtung weiterentwickelt werden.

Gute Arbeit, gute Umwelt und wirtschaftlicher Erfolg brauchen gute Ausbildung. Denn qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind eine wichtige Voraussetzung für die technologische und wirtschaftliche Spitzenstellung von Umwelttechnik „made in Germany“. Exportbezogene Dienstleistungen sichern unsere Stellung als Exportweltmeister bei den Umweltgütern.

Neben einer Ausbildung, die den neuen Herausforderungen in den Umweltdienstleistungen Rechnung trägt, brauchen wir, auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels, eine gezielte Qualifizierung und Reintegration insbesondere älterer (arbeitsloser) Arbeitnehmer. Mit besonders zugeschnittenen Programmen sollte deren Know-how einerseits für die grünen Märkte genutzt und zugleich für die spezifischen Bedürfnisse der ökologischen Wachstumsbranchen ausgebaut werden. Dies käme nicht nur der Umweltwirtschaft zugute, sondern wäre zugleich eine Antwort auf die rasch alternde Erwerbsbevölkerung in Folge des demografischen Wandels.